

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3575

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3575



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Handlanger der Steuerbehörden

Panama, Paradise und Pandora

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Journalisten in aller Welt arbeiten wie besessen daran, dem Staat mehr Steuern zu verschaffen. Und den Schutz der Privatsphäre aufzuheben.

«Ein neues Datenleck zu Steueroasen und Briefkastenfirmen wird publik, und mit-tendrin figuriert prominent die Schweiz», titelt eine Schweizer Zeitung. «Wir spielen eine grosse Rolle in den Enthüllungen», rühmt sich der «Tages-Anzeiger». Denn es hätten «Schweizer Anwälte, Treuhänder und Beraterinnen allein bei einer grossen Kanzlei in der Karibik 7000 Offshore-Firmen betreut». Mit «Trusts» – einem angelsächsischen Rechtsinstitut – schützten «Schweizer Vermögensberater weltweit Verdächtige.» Hunderte Politiker, Amtsträger, Firmenvorstände und Spitzensportler in aller Welt sollen gemäss den «Pandora Papers» jahrelang Finanzdienstleister dazu benutzt haben, um ihre Vermögen und Wertgegenstände in solchen Trusts zu verstecken.

Gigantischer Datendiebstahl

«Pandora», das sind Riesenmengen an gestohlenen Daten von vierzehn in besonders steuerfreundlichen Ländern tätigen Finanzdienstleistern. Sechshundert Journalisten in 117 Ländern haben in den vergangenen zwei Jahren 2.9 Terabyte Daten durchforstet, um angebliche skandalöse Praktiken von Promis öffentlich zu machen.

Es handle sich um das «bislang grösste Datenleck zu Geschäften in Steueroasen» prahlen die Journalisten. An der Schnüffelei beteiligten sich u. a. die «Süddeutsche Zeitung», die «Washington Post», der «Guardian», der «Indian Express» und «Le Monde», in der Schweiz der «Tages-Anzeiger», «Der Bund», die «Basler Zeitung» und die «Berner Zeitung».

Die Schweizerzeit erscheint erst am kommenden Dienstag

Erstmals seit 42 Jahren Schweizerzeit erscheint unser Magazin nicht am vorgesehenen Tag, am Freitag, 8. Oktober. Bei der Montage zum Druckvorgang ist ein schwerwiegender Fehler Tatsache geworden, der den Neudruck der gesamten Auflage nötig werden liess. So trifft die das Datum vom 8. Oktober tragende Schweizerzeit erst am Dienstag, 12. Oktober bei den Abonnenten ein.

Der Verlag Schweizerzeit und Dietschi Print & Design AG in Olten bedauern diese Verzögerung und entschuldigen sich dafür bei allen Abonnenten der Schweizerzeit.

Tony Blair und Shakira

Was haben die reichen Menschen verbrochen? Sie haben Firmen, meist sogenannte Trusts an Orten gegründet, an denen sie keine oder wenig Steuern zahlen und wo sie dies auch anonym tun können. An den Pranger gestellt werden u. a. der britische Ex-Premier Tony Blair (68) und Pop-Star Shakira (44); diese hätten ihre Ersparnisse über Steuer-Oasen weltweit steuersparend angelegt.

Allerdings sind diese Praktiken nicht illegal. Und schon gar nicht neu. Bereits im April 2016 hatte ein «Recherche-Team von vierhundert Journalisten» Auszüge aus den sog. «Panama Papers» veröffentlicht. 3,2 Terabyte illegal erworbener Daten mit 49 Millionen Dokumenten, E-Mails, Formularen, Tabellen, Ausweiskopien von überwiegend unschuldigen Menschen waren drei Jahre lang durchforstet worden. Das Ergebnis war mehr als mickrig gewesen.

Linkes Schnüffel-Projekt

Nichtsdestotrotz machte das gleiche Journalistenkartell weiter und wertete Millionen von Dokumenten, die diesmal «Paradise Papers» genannt wurden, weil sie auf der Karibikinsel Bermuda gestohlen wurden, aus. Finanziert wurde die Kampagne unter anderem von dem linken Milliardär George Soros.

Die willfährigen Medien spielen «Filiale» der Steuerbehörden und helfen linken Politikern bei deren Bestreben, dem Staat Allmacht zu verleihen und den Steuerwettbewerb zu verhindern. Das gigantische linke Schnüffel-Projekt erlaubt es Politikern und Journalisten, sich in moralischer Entrüstung zu präsentieren und schärfere Gesetze zu fordern.

«Anwält:innen und Berater:innen»

Der EU-Abgeordnete Sven Giegold von den Grünen fordert zum Beispiel «vollumfängliche internationale Transparenz über die wirklichen Eigentümer von Briefkastenfirmen und Immobilien». Der globale Informationsaustausch müsse ausgeweitet werden.

Die Schweizer SP ist ebenfalls sofort bereit für populistische Rundumschläge: «Zahlreiche Schweizer Anwält:innen und Berater:innen helfen Superreichen und Despoten dabei, ihre Gelder vor dem Fiskus zu verstecken und fügen der Bevölkerung dadurch erheblichen Schaden zu», trompetet sie in läppischem Gender-Speak.

Ringo Starr, Claudia Schiffer oder die Blairs

Vergessen geht dabei: Illegal ist das nur, wenn Schwarzgeld oder Geld aus kriminellen Aktivitäten in diese Trusts gesteckt wird. Ringo Starr, Claudia Schiffer oder die Blairs werden nicht deswegen vor Gericht landen, weil sie das gemacht haben, was jeder vernünftige Mensch macht, wenn sein Einkommen weit über dem Spitzensteuersatz versteuert wird.

Offshore-Inseln sind auch keine Räuberhöhlen, sondern Oasen der Freiheit, die der Allmacht des Steuerstaats Grenzen setzen. Menschen dürfen sich vor Verstaatlichungen oder Entführungen schützen. Trusts schützen Menschen und deren Vermögen, so wie es Türen und Tresore tun.

Cui bono?

Aber wem ausser den linken Privatsphäre-Abschaffern nützt das Ganze? Wohl den USA, wo man auch weiterhin in Briefkastenfirmen sein Geld stapeln können wird. Interessanterweise sind denn auch – soweit ersichtlich – vom gigantischen Datendiebstahl keine US-Firmen und -Personen betroffen. Und wer mit Ausnahme der USA hatte die Möglichkeit, weltweit Daten zu stehlen?

Hermann Lei